



**Bundesministerium für
Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Bundesminister Cem Özdemir
11055 Berlin**

Aachen, Bad Honnef, Berlin, Hamburg, Köln, München, 20.11.2024

Jetzt das angekündigte Exportverbot für bestimmte gesundheitsschädliche Pestizide voranbringen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Özdemir,

der Entwurf aus Ihrem Ministerium für eine Ausfuhrverbotsverordnung für bestimmte Pflanzenschutzmittel mit Wirkstoffen, die bei uns aus Gesundheitsgründen verboten sind, liegt seit Frühjahr 2023 in der Ressortabstimmung. Bereits 2022 forderten 274 Organisationen aus dem Globalen Süden ein solches Verbot¹, und 157.000 Menschen in Deutschland unterstützen ebenfalls diese Forderung². Sie verkündeten im September 2022, dass ein „Exportverbot gesundheitsschädlicher Pestizide kommt“³. Jetzt ist die Zeit, dieses Versprechen einzulösen und das zwischenzeitlich ins Stocken geratene Vorhaben voranzubringen.

¹ <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/274-zivilgesellschaftliche-organisationen-aus-dem-globalen-s%C3%BCden-begr%C3%BC%C3%9Fen-das-von-der-bundesregierung-geplante-exportverbot-von-in-der-eu-untersagten-pestiziden-dr%C3%A4ngen-aber-auf-einen-umfassenden-geltungsbereich/>

² Gemeinsame Pressemitteilung von Misereor, INKOTA-netzwerk und PAN Germany, 5.6.24: <https://pan-germany.org/pestizide/ueber-150-000-menschen-fordern-exportstopp-fuer-verbotene-pestizide/>

³ <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/119-vo-exportverbot-pestizide.html>

Wir bitten Sie, die verbleibende Zeit zu nutzen und sich für ein Exportverbot einzusetzen, denn dieses könnte entschieden dazu beitragen, relevante Defizite zu überwinden und mehrere dringliche Ziele gleichzeitig zu erreichen:

- Es würde die deutsche Landwirtschaft vor unfairem Wettbewerb bewahren: Während unsere Landwirt*innen die verbotenen Pestizide nicht einsetzen dürfen, ist der Einsatz in einigen Ländern noch erlaubt. Ein Verbot schafft fairere Wettbewerbsbedingungen.
- Es würde dazu beitragen, Pestizidvergiftungen in Drittstaaten zu verhindern und Menschenrechte zu schützen: Millionen Menschen in Drittstaaten leiden jährlich unter Pestizidvergiftungen, oft mit schweren gesundheitlichen Folgen. Ein Exportverbot könnte dieses Leid verringern und den Schutz der Menschenrechte global stärken.
- Es würde deutsche Verbraucher*innen besser vor belasteter Nahrung schützen: Pestizide, die bei uns verboten sind, kehren als Rückstände in importierten Lebensmitteln auf unsere Teller zurück. Ein Exportverbot würde dazu beitragen, diese gefährlichen Pestizide aus unserem Essen fernzuhalten.
- Es würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft langfristig stärken: Nachhaltige Handelspraktiken stärken die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und das internationale Ansehen Deutschlands.
- Es würde einen relevanten Beitrag dazu leisten, internationale, europäische und nationale Zusagen umzusetzen – dazu zählen auch Deutschlands Zusagen im Rahmen der Europäischen Chemikalienstrategie und im Global Framework on Chemicals.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat in seiner Ausarbeitung „Export nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel. Rechtliche Regelungen in Frankreich und Deutschland“⁴ bestätigt, dass in Deutschland mit dem Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) § 25 Abs. 3 Nr. 2 die Rechtsgrundlage besteht, zur Abwehr erheblicher Gefahren für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder sonstiger Gefahren, durch eine Rechtsverordnung die Ausfuhr bestimmter Pflanzenschutzmittel oder von Pflanzenschutzmitteln mit bestimmten Stoffen in Staaten außerhalb der EU zu verbieten. Dass dies mit EU- und Welthandelsrecht im Einklang steht, hat ein im September 2022 veröffentlichtes Rechtsgutachten bestätigt.⁵ Die praktische Umsetzbarkeit eines nationalen Exportverbots für bestimmte Pestizide ohne EU Genehmigung beweisen Belgien⁶ und Frankreich⁷, die solche Exporte bereits gesetzlich unterbinden.

Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland wären sehr gering. 2022 machte der Wert der deutschen Exporte von EU-weit verbotenen Pestiziden 4,4 Prozent des Gesamtumsatzes an verkauften Pestiziden für den Landwirtschaftsbereich aus (Inlandsabsatz und Exporte insgesamt).⁸

⁴ Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2020): Export nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel. Rechtliche Regelungen in Frankreich und Deutschland. Online unter:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/689790/5d86d62bfff8866bae6864f2d8ea2b977/WD-5-015-20-pdf-data.pdf>.

⁵ Fries, M. und I. Westphal (2022): Umsetzung eines Ausfuhrverbots für bestimmte, gefährliche Pestizide aus Deutschland. Online unter: https://pan-germany.org/download/rechtsgutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechtsgutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf.

⁶ https://etaamb.openjustice.be/nl/koninklijk-besluit-van-19-november-2023_n2023047485.html

⁷ <https://www.legifrance.gouv.fr/dossierlegislatif/JORFDOLE000036562265/>

⁸ <https://pan-germany.org/download/zusammenfassung-report-eu-pestizid-exportverbot-was-waeren-die-folgen/>

Deutschland hat sich im Global Framework on Chemicals, das 2023 unter deutscher Präsidentschaft in Bonn verabschiedet wurde, einem „Verbot der Ausfuhr von Chemikalien, die auf nationaler Ebene verboten sind“, zugestimmt (Zielvorgabe A5)⁹. Auch der Strategische Dialog über die Zukunft der EU-Landwirtschaft, der unter Beteiligung von Landwirtschaft, Industrie und Zivilgesellschaft geführt und von der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, im September 2024 vorgestellt wurde, fordert die EU-Mitgliedstaaten – und damit auch Deutschland – eindringlich dazu auf, die Ausfuhr von in der EU verbotenen gefährlichen Pestiziden in Länder mit weniger strengen Regelungen zu stoppen (s. 1.5.2. EU's trade agreement approach)¹⁰.

Alternativen zu diesen Pestiziden sind längst vorhanden. Million Belay, Generalkoordinator der Alliance for Food Sovereignty in Africa (AFSA) sagte diesbezüglich: *“Giftige Pestizide, die in Europa aufgrund von Gesundheits- und Umweltrisiken verboten sind, überschwemmen weiterhin den afrikanischen Markt zu Tiefstpreisen. Obwohl es nachhaltige Alternativen zur Bekämpfung lokaler Schädlinge gibt, können sich diese umweltfreundlichen Lösungen nur schwer durchsetzen. Die billigen, schädlichen Pestizide untergraben die Bemühungen um eine sicherere und gesündere landwirtschaftliche Zukunft in Afrika. Wir müssen nachhaltigen Praktiken Vorrang einräumen und sie fördern, um diesen Kreislauf zu durchbrechen und unsere Gemeinschaften und die Umwelt zu schützen!”*

Auch von Seiten wichtiger Handelspartner wächst der Druck: Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva äußerte sich am 17. 09.2024 deutlich: *“Es kann nicht sein, dass 80 Prozent der Pestizide, die in Deutschland verboten sind, hier in Brasilien verkauft werden dürfen. In den USA ist es verboten, aber hier darf es verkauft werden, als wären wir eine Bananenrepublik, wo man alles wegwerfen kann, was man nicht braucht”*¹¹.

Tausende Tonnen bei uns verbotener Pestizide werden aktuell ins außereuropäische Ausland exportiert. Zahlreiche dieser Pestizide kehren als Rückstände in importierten Lebensmitteln zu uns zurück und gefährden unsere Gesundheit. Die neuesten europäischen Rückstandsdaten zeigen, dass insgesamt 69 in der EU verbotene Pestizide in unseren Lebensmitteln nachgewiesen wurden¹².

Im August 2024 organisierten besonders von Pestiziden betroffene Farmerinnen in Südafrika einen Protestmarsch zur Deutschen Botschaft in Kapstadt, um ihrer Forderung nach einem Exportstopp für verbotene Pestizide aus Deutschland Nachdruck zu verleihen und ihre Besorgnis zu teilen, dass trotz Koalitionsvereinbarung und Ankündigung durch das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium noch immer keine Ausfuhrverbotsverordnung umgesetzt wurde.¹³

⁹ <https://www.chemicalsframework.org/>

¹⁰ Strategic Dialogue on the Future of EU Agriculture. https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/171329ff-0f50-4fa5-946f-aea11032172e_en?filename=strategic-dialogue-report-2024_en.pdf&prefLang=fr

¹¹ Übersetzung des Original-Zitats. Original-Zitat s. <https://www.poder360.com.br/poder-agro/lula-critica-agrotoxicos-e-cita-proibicao-em-outros-paises/>

¹² <https://www.pan-europe.info/resources/reports/2024/09/double-standards-double-risk-banned-pesticides-europe%E2%80%99s-food-supply>

¹³ https://www.linkedin.com/posts/serap-altinisik-8327b0a1_workersrights-banhazardeouspesticides-womenonfarms-activity-7234511673682739201-TBSU?utm_source=share&utm_medium=member_desktop

Deutschland hat die Möglichkeit und die Verpflichtung zu handeln. Daher bitten wir Sie als Minister des federführend zuständigen Ministeriums eindringlich, die jetzige Chance zu nutzen, und einen Kabinettsbeschluss für eine gesetzliche Regelung für ein Ausfuhrverbot bestimmter verbotener Pestizide zu erwirken. Wir bitten Sie, hierfür mit allen beteiligten Ressorts zusammenzuarbeiten.

Wir haben uns in dieser Sache an die Leitung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an das Bundeskanzleramt gewandt. Bitte beachten Sie, dass wir Ihnen diesen Brief auch per E-Mail gesendet haben.

Gerne stehen wir für ein Gespräch oder zur Klärung offener Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Arndt von Massenbach,
Geschäftsführer INKOTA-
netzwerk



Gabriela Strobel,
Vorständin
PAN Germany



Martin Kaiser,
Geschäftsführer
Greenpeace e.V.



Philipp Mimkes,
Geschäftsführer FIAN
Deutschland



Jürgen Maier,
Geschäftsführer Forum
Umwelt und Entwicklung



Dr. Andreas Frick,
Hauptgeschäftsführer
Misereor



Serap Altinisik,
Vorstandsvorsitzende
Oxfam Deutschland e.V.



Jan Pehrke,
Vorstand Coordination gegen
BAYER-Gefahren



Eliane Fernandes Ferreira,
Referentin Gesellschaft für
bedrohte Völker (GfbV)



Georg Wahl,
Geschäftsführer
Internationaler Ländlicher
Entwicklungsdienst (ILD)



Christian Russau,
Vorstand Dachverband der
Kritischen Aktionärinnen und
Aktionäre e.V.



Isabel Rutkowski,
Bundesvorsitzende der
Katholischen
Landjugendbewegungen
Deutschlands e.V.



Bettina Locklair,
Bundesgeschäftsführerin,
Katholische
Landvolkbewegung
Deutschland



Fabian Holzheid,
Politischer Geschäftsführer
Umweltinstitut München e.V.